

Beschluss

Ausgangslage

1. Die deutsche Industrie steht vor erheblichen Herausforderungen. Hohe Energiepreise, steigende Produktionskosten, überbordende Bürokratie und zunehmender internationaler Wettbewerb belasten Unternehmen und gefährden die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland. Geopolitische Spannungen, Handelshemmnisse und instabile Lieferketten erschweren zusätzlich die Versorgung mit Rohstoffen und Vorprodukten. Mittlerweile befindet sich das Land im dritten Rezessionsjahr.
2. Die nordrhein-westfälische Industrie – geprägt durch Grundstoffindustrien und energieintensive Unternehmen – ist hiervon besonders betroffen. Industrien wie die Chemie-, Metall- und Baubranche stehen unter massivem Druck, während die Transformation hin zur Klimaneutralität erhebliche Anfangsinvestitionen erfordert, um eine zukunftsfähige Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Gleichzeitig sind diese Industrien, gerade mit ihrer oft mittelständischen Ausprägung, als innovativer Ausgangspunkt zahlreicher Wertschöpfungsketten, zentral für den Wohlstand in Deutschland. Der anstehende Investitionszyklus der Industrie muss dazu genutzt werden, um unseren Wirtschaftsstandort zu modernisieren, die Transformation zu gestalten und Rahmenbedingungen für nachhaltige Geschäftsmodelle zu unterstützen.
3. Angesichts geopolitischer Entwicklungen bedarf es einer widerstandsfähigen Industrie mit resilienten Lieferketten. Industrie muss auch in einem globalen Umfeld Wohlstand und für viele Menschen soziale Sicherheit gewährleisten können. Daher sind die Diversifizierung der Lieferketten durch weitere Handelsabkommen, die Schaffung wirkungsvoller Schutzmechanismen auf europäischer Ebene, die Ansiedlung und Stärkung von Schlüsselindustrien – neben der Schaffung attraktiver Rahmenbedingungen und finanzieller Anreize – notwendig.

4. Eine zukunftssichere Industrie in Nordrhein-Westfalen ist von entscheidender Bedeutung für die gesamte Wirtschaft Deutschlands, für die technologische Marktführerschaft, aber auch für die Resilienz im Krisenfall. Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des industriepolitischen Impulses aus Nordrhein-Westfalen fordern daher entschlossene Maßnahmen auf nationaler und europäischer Ebene. Die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie muss ins Zentrum der Politik rücken, um die Wirtschaft zu stärken, vielfach gute, tarifgebundene Industriearbeitsplätze aller Qualifikationsstufen zu sichern und auszubauen und Investitionen in Innovationen und Zukunftstechnologien zu fördern und damit letztlich die Grundlage für eine erfolgreiche nachhaltige Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen.
5. Der Umbau hin zu einer klimafreundlichen Produktion ist ein ambitioniertes, aber notwendiges Vorhaben. Der eingeschlagene Pfad zur Erreichung der Klimaziele muss konsequent unter Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie fortgeführt werden.
6. Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des industriepolitischen Impulses aus Nordrhein-Westfalen begrüßen vor diesem Hintergrund den schnellen Abschluss der Sondierungsgespräche auf Bundesebene und die Zielsetzung, Deutschland mit Stabilität und Aufbruch wettbewerbsfähig zu machen. Sie erwarten von der künftigen Bundesregierung:

Energiepolitik

- a. eine deutliche Senkung der Energiepreise. Bezahlbare und zuverlässige Energie ist die Grundlage für die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie in Deutschland und Nordrhein-Westfalen. Angesichts der hohen Energiepreise und der wachsenden und nicht planbaren Belastung durch Netzentgelte stehen vor allem energieintensive Branchen bis tief in den industriellen Mittelstand hinein unter immensem Druck. Ohne gezielte Maßnahmen drohen Produktionsverlagerungen und ein langfristiger Verlust an Wertschöpfung und Resilienz. Eine Senkung der Energiepreise impliziert auch eine Senkung der Gaspreise, etwa durch die Kostenstreckung oder die Übernahme der Kosten der Gasspeicherumlage aus dem Bundeshaushalt. Dies ist von besonderer Bedeutung für die stoffliche Nutzung, wie etwa in der chemischen Industrie.

- b. insbesondere die dauerhafte Deckelung der Netzentgelte auf niedrigem Niveau, die dauerhafte und umfassende Senkung der Stromsteuer auf den europäischen Mindestsatz sowie die Ausweitung und Verlängerung der Strompreiskompensation über das Jahr 2030 hinaus. Die Einigungen hierzu im Sondierungspapier sind ein guter erster Schritt. Darüber hinaus muss sichergestellt werden, dass Letztverbraucher, die bei der Stromabnahme zeitlich nicht flexibel sein können, nicht durch zusätzliche Netzentgelte belastet werden. Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner weisen zudem darauf hin, dass eine gezielte Entlastung industrieller Abnehmer weitere Schritte erfordert.
- c. die Gewährleistung von Versorgungssicherheit. Diese ist für den Industriestandort Nordrhein-Westfalen essenziell. Der im Sondierungspapier vorgesehene Zubau an regelbarer Gaskraftwerksleistung wird begrüßt, ebenso wie die vorrangige Berücksichtigung bestehender Kraftwerksstandorte. Die neue Bundesregierung muss mit pragmatischen Ausschreibungen schnell die Voraussetzungen schaffen, damit diese neuen, regelbaren Gaskraftwerke ans Netz kommen. Angesichts der Unsicherheit der Wasserstoffverfügbarkeit ist hinsichtlich des Dekarbonisierungspfades Flexibilität und Technologieoffenheit erforderlich. Zudem müssen langfristige Investitionsanreize geschaffen werden, um den Ausbau gesicherter Kraftwerkskapazitäten zu fördern. Zudem müssen die Erneuerbaren Energien verstärkt Systemverantwortung übernehmen.
- d. den Aufbau einer bedarfsgerechten Wasserstoffinfrastruktur. Diese ist entscheidend für die Transformation der Industrie. Das geplante Wasserstoff-Kernnetz muss schnellstmöglich umgesetzt und durch regionale Verteilnetze ergänzt werden, um allen Unternehmen den Zugang zu ermöglichen. Entscheidend ist eine zügige Stärkung der Wasserstoffnachfrage durch entsprechende regulatorische oder wirtschaftliche Anreize, um die Wirtschaftlichkeitslücke zu schließen. Die industriellen Bedarfe in Industrien mit schwer vermeidbaren Emissionen müssen dabei im Vordergrund stehen. Der Wasserstoffhochlauf muss technologieoffen erfolgen, mit klarer Rolle für CO₂-arm erzeugten Wasserstoff. Maßgebliches Kriterium sollte der CO₂-Fußabdruck und nicht

das Herstellungsverfahren sein. Bereits jetzt ist absehbar, dass Deutschland und insbesondere Nordrhein-Westfalen den Großteil ihres Wasserstoffbedarfs über Importe werden decken müssen. Um eine sichere, resiliente und wettbewerbsfähige Versorgung unserer heimischen Wirtschaft mit Wasserstoff sicherzustellen, müssen die Vertiefung des europäischen Energiebinnenmarktes sowie der Aufbau neuer und die Vertiefung bestehender internationaler Energiepartnerschaften deshalb gezielt vorangetrieben werden.

- e. den beschleunigten Hochlauf von Carbon Capture and Usage- sowie Carbon Capture and Storage-Verfahren. Hierfür sind schnellstmöglich die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Transport und Speicherung zu schaffen. Die entsprechende Ankündigung im Sondierungspapier wird begrüßt. Zudem ist ein CO₂-Netz neben dem Wasserstoffnetz zwingend notwendig, um Industrieprozesse zu defossilisieren.

Beschleunigte Planungs- und Genehmigungsverfahren

- f. eine konsequente und beschleunigte Umsetzung des "Paktes für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung" von Bund und Ländern. Effiziente und beschleunigte Planungs- und Genehmigungsverfahren sind entscheidend für die Transformation der Industrie und den Ausbau zentraler Infrastruktur. Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des Industriepolitischen Impulses bedauern daher, dass dieser Aspekt im Sondierungspapier nicht aufgegriffen wird. Nordrhein-Westfalen als stark industrialisiertes Bundesland ist in besonderem Maße auf schnelle Umsetzungsprozesse angewiesen, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Dabei sind verbindliche Fristen, Stichtagsregelungen und eine deutliche Vereinfachung der Verfahren, sofern geeignet, konsequent umzusetzen:

- Vorzeitige Baubeginne müssen erleichtert und Entscheidungsprozesse u.a. durch Zustimmungsfiktionen, sofern geeignet, beschleunigt werden.
- Bestehende Verfahrensschritte, die redundant oder nicht mehr zeitgemäß sind, müssen konsequent überprüft und reduziert werden.
- Rahmen- und Typengenehmigungen sollten ausgeweitet werden.

- g. die flächendeckende Einführung digitaler Verfahren, um Genehmigungsprozesse zu vereinheitlichen und zu vereinfachen. Ziel ist ein einheitliches digitales Antragsportal, das alle relevanten Verfahren für den jeweiligen Bereich zentralisiert und die Transparenz des Bearbeitungsfortschrittes verbessert. Inhalte und Bedarfe, wie die Wahrung von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen sowie Anforderungen an die Cybersicherheit, sind dabei zwingend mit Antragstellern und Behörden abzustimmen.
- h. die Schaffung beschleunigter Sonderverfahren auch für industrielle Großprojekte von strategischer Bedeutung, wie sie für den Ausbau der Wasserstoffinfrastruktur und die Modernisierung des Stromnetzes bereits geschaffen wurden. Beispiele wären Industriepipelines oder der Bau von Industrieanlagen, die Zukunftstechnologien in die Marktfähigkeit bringen. Diese industriellen Projekte müssen ebenfalls als von „überragendem öffentlichen Interesse“ anerkannt und bevorzugt behandelt werden, um ihre Umsetzung zu sichern. Positive Erfahrungen mit beschleunigten Verfahren für Großprojekte sollten auf alle Planungs- und Genehmigungsverfahren übertragen werden.

Bürokratieabbau

- i. eine spürbare Entlastung durch konsequenten Bürokratieabbau auf nationaler und europäischer Ebene. Die zunehmende Bürokratisierung stellt eine erhebliche Belastung für Unternehmen dar, sowohl für große Unternehmen aber gerade auch für kleine und mittelständische Betriebe, die ein wesentlicher Bestandteil der nordrhein-westfälischen Wirtschaftsstruktur sind. Doppelte und komplexe Berichtspflichten und überbordende Regulierungen binden Kapazitäten und behindern Innovationen. Die Ankündigung im Sondierungspapier, Berichts-, Dokumentations- und Statistikenpflichten abzuschaffen, wird begrüßt. Allerdings wird es auf eine schnelle und umfassende Umsetzung ankommen. Eine systematische Reduzierung der Bürokratie beginnt mit einem Mentalitätswandel auf europäischer Ebene, setzt sich über den Bund und das Land bis zu den Kommunen fort und ist essenziell, um Unternehmen in Nordrhein-Westfalen mehr Freiräume für Innovation und Wachstum zu geben. Hierfür braucht es:

- Einführung eines Belastungsmoratoriums: Keine zusätzlichen bürokratischen Pflichten für Unternehmen ohne gleichzeitige Entlastung. Die Ankündigung der EU-Kommission, den Verwaltungsaufwand für Unternehmen um mindestens 25 % und für KMU um mindestens 35 % zu reduzieren, sowie zuletzt die Omnibus-Vereinfachungspakete gehen in die richtige Richtung, können aber nur der Anfang für weitere Bemühungen sein. Dasselbe gilt für die Ankündigung im Sondierungspapier, die Bürokratiekosten für Unternehmen in den nächsten vier Jahren um 25 % zu senken.
 - Praxischecks: Bestehende und einzuführende Regulierungen müssen hinsichtlich ihrer Wirkung und ihrer Praxistauglichkeit überprüft und bei Bedarf angepasst oder gestrichen werden.
- j. bei der Umsetzung von EU-Richtlinien ein Ende des sogenannten "Gold Plating", also der Übererfüllung europäischer Vorgaben. Nationale Sonderwege können die Bürokratiekosten erhöhen und der Wettbewerbsfähigkeit schaden. Gerade die für die Industrie relevante Umsetzung der Industrie-Emissions-Richtlinie (IED) darf nur 1:1 erfolgen, neue Pflichten und weitere Dokumentationen nur für Unternehmen in Deutschland müssen vermieden werden, um keinen weiteren Standortnachteil gegenüber anderen EU-Mitgliedstaaten zu generieren.
- k. die praxistaugliche Gestaltung bürokratischer Anforderungen, wie das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU) dürfen durch Berichtspflichten und Dokumentationsanforderungen nicht unverhältnismäßig belastet werden. Auch ist die KMU-Begriffsdefinition praxisnäher zu erweitern.
- l. Neben diesen Schwerpunkten gibt es weitere zentrale Hebel zur Stärkung des Industriestandorts Nordrhein-Westfalen, wie etwa Investitionen in die Infrastruktur und Gebäude, eine tragfähige Finanzausstattung der Kommunen mit Altschuldenlösung, eine wettbewerbsfähige Steuerpolitik, eine moderne Fachkräftesicherung und Ressourcensicherung. Insgesamt muss die Wirtschaftspolitik durch Entlastungen dafür Sorge tragen, dass sich Leistung wieder lohnt – sowohl für die Arbeitnehmer, aber auch für die Unternehmen. Der Fokus dieses Impulses liegt jedoch auf den dringendsten

Maßnahmen, die kurzfristig Wirkung entfalten können. Gleichzeitig nimmt Nordrhein-Westfalen seine Verantwortung für den Industriestandort selbst ernst: Wir werden eigene Wachstumsfaktoren aktivieren, unsere wirtschaftlichen Stärken gezielt ausbauen und strategische Impulse für mehr Innovation und Beschäftigung setzen. Hierzu gehören: Der Ausbau erneuerbarer Energien, starke Investitionen in die Bildung und die Fachkräfteoffensive, ein kontinuierlicher Bürokratieabbau und die Stärkung von Innovationen.

Ausblick

7. Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des industriepolitischen Impulses aus Nordrhein-Westfalen sind überzeugt, dass die Zukunft der Industrie in Nordrhein-Westfalen und Deutschland nur durch entschlossenes Handeln und eine klare Priorisierung der Wettbewerbsfähigkeit gesichert werden kann. Zu den Grundpfeilern unseres Wirtschaftens und für ein zukunftsfähiges Investitionsklima gehört die gelebte Sozialpartnerschaft, die sich gerade in Krisenzeiten immer wieder bewährt hat. Gerade auch im Hinblick auf die internationalen Herausforderungen ist eine starke deutsche und europäische Wirtschaft und deren Belegschaft mit ihren Steuern und Sozialabgaben nicht nur Grundlage für Staatshaushalt, Sozialwesen und Wohlstand. Dies ist die Voraussetzung für gesellschaftlichen Frieden, soziale Sicherheit, eine erfolgreiche nachhaltige Transformation und eine stabile Demokratie.